

Gemeinsame Erklärung zu vom iranischen Staat ausgehenden nachrichtendienstlichen Bedrohungen

11.6.2026 - | Auswärtiges Amt

Albanien, Australien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Irland, Kanada, Lettland, Litauen, die Niederlande, Neuseeland, Nordmazedonien, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien, Tschechien, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika verurteilen die tödlichen Intrigen und sonstigen böswilligen Taten der Geheimdienstorganisation der Islamischen Revolutionsgarde, der Quds-Brigade und des Ministeriums für Nachrichtenwesen in Europa, Nordamerika und Australien, die sich unter anderem gegen iranische Dissidentinnen und Dissidenten, Journalistinnen und Journalisten sowie jüdische und israelische Gemeinschaften und Einrichtungen richten. Wir sind geeint in unserer Entschlossenheit, unsere Länder und unsere Bevölkerung vor diesen Bedrohungen zu schützen. Die Islamische Republik Iran muss diese Taten unverzüglich einstellen.

Iranische Geheimdienstkräfte pflegen seit Langem Beziehungen zu internationalen und lokalen kriminellen Vereinigungen. Der Rückgriff auf solche Gruppen ist verabscheuungswürdig.

Wir verurteilen ferner die jüngste in ganz Europa gegen jüdische Gemeinschaften, iranische Journalistinnen und Journalisten sowie Einrichtungen der Vereinigten Staaten gerichtete Angriffswelle, die Harakat Ashab al-Yamin al-Islamiya für sich reklamiert und die von ihren Mittelsleuten unterstützt wird.

Versuche, Menschen in unseren Hoheitsgebieten zu töten, zu entführen, zu schikanieren, einzuschüchtern oder anderweitig anzugreifen, untergraben die nationale Souveränität und die Normen des Völkerrechts. Diese Taten müssen umgehend ein Ende haben. Wir würdigen den Einsatz von Ländern, diesem Vorgehen etwas entgegenzusetzen, und sind gemeinsam entschlossen, weitere Maßnahmen zu seiner Unterbindung zu ergreifen.

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2775002-2775002>